Erste Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 41. Freitag den 10. Februar 1888. 82. Jahrgang.

Zur parlamentarischen Lage.

NLC. Berlin, 8. Februar. Der Antrag auf Verlängerung der Legislaturperioden ist im Reichstag gestern mit der unerwartet großen Mehrheit von 183 gegen 95 Stimmen angenommen worden. Die Oppositionsparteien haben, indem sie nur eine so schwache Minorität zusammenbrachten, an sich selbst eine scharfe Kritik geübt und ihre eigenen hochtönenden Reden Lügen gestraft. Die sogenannten Cartelparteien besitzen bekanntlich nur eine Mehrheit von etwa 20 Stimmen; vereinzelte Nationalliberale haben sich noch dazu ausdrücklich oder thatsächlich der Abstimmung enthalten. Die Opposition hätte also bei energischem Eintreten wohl die Fähigkeit gehabt, wenn auch nicht das Gesetz zu Fall zu bringen, so doch es nur mit einer äußerst geringen Mehrheit von wenigen Stimmen durchdringen zu lassen. Und was geschah? Da ereifern sich die Herren Windthorst, Hänel und Rickert in den volltönendsten Phrasen gegen einen Antrag, der die Volksrechte mit Füßen treten wolle. Bei der Abstimmung aber vermögen sie kaum die Hälfte ihrer Parteigenossen zur Vertheidigung der bedrohten Volksrechte aufzubieten!

* In Bezug auf das Alters- und Invalidenversorgungsgesetz hört man, daß die Vorarbeiten noch keineswegs soweit vorgeschritten sind, daß sich ersehen ließe, bis zu welchem Zeitpuncte es an den Reichstag gelangen könnte. Selbst zur Vorlage an den Bundesrath scheint der Entwurf einstweilen noch nicht reif zu sein.

* Berlin, 8. Februar. Die Budgetcommission des Reichstags berieth heute zunächst den Nachtragsetat. Bei der Besprechung der Mehrforderung in Folge der Erhebung der Gesandtschaft in Madrid zu einer Botschaft wies Graf Herbert Bismarck nach, daß die Kosten, welche Frankreich und England für ihre Botschafter in Madrid aufwenden, höher sind als die angeforderten, und daß die Verwandlung in eine Botschaft gewisse materielle Vortheile für uns hat. Die Mehrforderung wie die Position für die Schutzgebiete (lediglich durchlaufende Posten) wurden bewilligt. Es wurde festgestellt, daß die Jaluitgesellschaft auch die sachlichen Kosten zu tragen hat und der Vertrag mit derselben zunächst auf zwei Jahre abgeschlossen ist. Bezüglich des Ankaufs der Telegraphen-Kabel zwischen Deutschland und England und zwischen Greetsiel und Valentia bemerkte Staatssecretair von Stephan, daß der Anlaß zu der Forderung in erster Linie gegeben sei durch den Umstand, daß das Reich bisher keine eigene Verbindung seines Telegraphennetzes mit demjenigen Englands besessen habe. Durch die Erwerbung des Kabels nach Valentia gewinnen wir directe Verbindung mit dem Kabel der Anglo-Amerikanischen Gesellschaft, mit der ein Vertrag bis Ende des Jahrhunderts bestehe. Der Staatssecretair gab eine Reihe von Daten, welche zeigten, welche Mißstände der jetzige Zustand herbeiführt (Verzögerungen, Unordnungen). Diese Mißstände, die sogar dahin geführt hätten, daß dringliche Telegramme von England über New-York nach Deutschland expedirt worden, seien nicht zu beseitigen, wenn das Reich sich nicht in Besitz einer directen Verbindung mit dem englischen Telegraphennetze setze. Die Rentabilität, welche in der Denkschrift auf 9 Procent berechnet sei, werde sich in Wirklichkeit wohl noch günstiger stellen, da ein beträchtlicher Aufschwung des Verkehrs zu erwarten sei; sei ja doch schon die Zahl der Telegramme der deutschen Telegraphenanstalt nach England und Amerika in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Man gedenke den jetzt bestehenden Tarif bald unter Zustimmung Englands auf 20 Centimes per Wort ermäßigen zu können (jetzt wird neben einer Grundtaxe von 40 ₰ 20 ₰ für das Wort erhoben). Endlich hofft man es zu erreichen, daß ein directer Verkehr nicht nur mit London, sondern auch mit Liverpool, Manchester und anderen wichtigen Plätzen eingerichtet wird, die englische Verwaltung sei überall entgegenkommend. Die Forderung wurde einstimmig bewilligt. Bei Berathung des Etats des Reichsschatzamts wurden zunächst die einmaligen Ausgaben discutirt. Die ersten 3 Titel wurden ohne Weiteres bewilligt. Die Uebernahme des bisher als dauernde Ausgabe bezeichneten Zuschusses zu der Straßburger Universität auf die einmaligen Ausgaben veranlaßte den Abg. von Bennigsen, die Gründe auseinanderzusetzen, welche früher dahin führten, die Straßburger Universität auf das Reich zu übernehmen. Inzwischen habe sich die Universität aufs Beste entwickelt; sie sei von 1000 Studenten besucht, und zwar seien 4/5 der Studenten nicht aus Elsaß-Lothringen, sondern aus dem übrigen Deutschland; die süddeutschen Universitäten hätten keinen Nachtheil von der Concurrenz; er beantrage, den Beitrag von 400,000 ℳ in der fortdauernden Ausgabe zu belassen. Ministerialdirector Aschenborn führte aus, daß die Versetzung wohl wesentlich aus der Erwägung hervorgegangen sei, daß die Unterhaltung der Anstalten für Wissenschaft und Kunst eigentlich Landessache sei, der Zuschuß sei wesentlich motivirt worden durch die frühere finanzielle Lage des Reichslandes, jetzt sei dieselbe viel günstiger, man sei daher wohl zur Reduction des Reichsbeitrags berechtigt. Nach längerer Debatte wurde der Antrag von Bennigsen mit 15 Stimmen angenommen. Die fortdauernden Ausgaben wurden discussionslos bewilligt.

Herabsetzung der Gerichts- und Anwaltsgebühren.

* Bei Berathung des Etats der Reichsjustizverwaltung brachte der Reichstagsabgeordnete Kulemann wieder die seit längerer Zeit ruhende Frage der Herabsetzung der Gerichts- und Anwaltsgebühren zur Sprache. Aus diesem Anlaß schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Die Gerichtskostenfrage ist seit der Emanation des bezüglichen Gesetzes vom 18. Juni 1878 von der Tagesordnung nicht mehr verschwunden, denn bereits im Jahre 1880 nahm der Reichstag eine Resolution dahingehend an, die verbündeten Regierungen möchten auf eine Herabsetzung der Gerichtskosten Bedacht nehmen, und es wurde gleichzeitig eine Revision der Anwaltsgebühren befürwortet. Die verbündeten Regierungen machten in Anerkennung des bestehenden Bedürfnisses eine Vorlage, welche bei der geringen Zeit seit dem Inkrafttreten des Gerichtskostengesetzes allerdings nicht die von manchen Seiten gewünschte Herabsetzung der Hauptsätze vorschlagen konnte, dagegen eine wesentliche Minderung der Nebenkosten in Aussicht nahm. Weitergehende Anträge des Reichstages scheiterten an der Erklärung der verbündeten Regierungen, daß hierfür erst Ermittelungen angestellt werden müßten, da sich die Tragweite der Herabsetzung der Hauptgebühren nicht übersehen lasse. So gelangte die Novelle zum Gerichtskostengesetz in der von den verbündeten Regierungen vorgelegten Form zur Annahme und wurde am 29. Juni 1881 publicirt. Von diesem Zeitpunct an wurde die Gerichtskostenfrage mehrfach zum Gegenstande von Resolutionen seitens des Reichstages gemacht; so wurde unter dem 14. Juni 1881 die Reichsregierung ersucht, mit der weitergehenden Revision des Gerichtskostengesetzes eine solche der Gebührenordnung für Rechtsanwälte zu verbinden, und seitens der Regierung wurde anerkannt, daß mit oben erwähnter Novelle die Reform des Gerichtskostenwesens nicht beendet sei. In der vorigen Session legte nun die Regierung einen Gesetzentwurf vor, in welchem, wie der Staatssecretair von Schelling anerkannte, eine Ermäßigung der Gerichtskosten in geringerem Umfange angestrebt, dagegen eine Revision der Anwaltsgebühren in erheblicherem Maße ins Auge gefaßt wurde. Diese Vorlage der verbündeten Regierungen ist nun durch das eigenthümliche Verhalten der Commission nicht zur Erledigung gelangt. Eine überaus große Rücksichtnahme auf die Gebühren der Rechtsanwälte, eine zu weit gehende Furcht, die Einnahmen derselben zu schädigen, verhinderte eine sachliche Berathung der Vorlage; die Commission machte ein Eintreten in dieselbe von der Anstellung gewisser statistischer Erhebungen über die Einnahmeverhältnisse der Anwälte und über die Schmälerung, welche dieselben durch die Vorschläge der Regierungen erfahren würden, abhängig, ja es wurde selbst ein Antrag, wenigstens einstweilen die materiellen Bestimmungen der Vorlage einer Prüfung zu unterziehen, abgelehnt, so daß ein thatsächliches Resultat jener Verhandlungen nicht zu verzeichnen ist und die Angelegenheit nunmehr ruht. Wie wenig das Verlangen der Commission berechtigt war, geht aus der vom Staatssecretair von Schelling erwähnten Thatsache hervor, daß er auf die an die Regierungen der größeren Bundesstaaten gerichtete Frage, ob sie es für ausführbar und ausbringend hielten, die von der Commission gewünschten Erhebungen vorzunehmen, nur verneinende Antworten erhalten hat. Wenn also die Reform des Gerichtskostenwesens eine weitere Förderung bisher nicht erfahren hat, so liegt die Schuld nicht an den verbündeten Regierungen, deren Vertreter in gedachter Commission an die Mitglieder derselben die Aufforderung richteten, mit bestimmten Anträgen auf Ermäßigung einzelner Sätze des Gerichtskostengesetzes hervorzutreten, und es ist nur der Lage der Sache entsprechend, wenn der Staatssecretair von Schelling erklärte, er glaube, daß die Regierungen gut thun würden, wenn sie zunächst abwarteten, ob diejenigen, welche in der Commission dazu mitgewirkt haben, die Angelegenheit auf dieses todte Gleis zu fahren, Hülfe dazu leisten würden, die Sache wieder auf die fahrbare Bahn zurückzuschieben. Indessen ist es erfreulich, daß jener Mißerfolg die Regierungen zu dem Entschluß, die Proceßkostenreform überhaupt aufzugeben, nicht geführt hat, und so wird man denn, wenn der Reichstag zu erkennen gegeben hat, daß jene sentimentalen Anwandlungen bezüglich des Anwaltsstandes, der durchaus nicht durch jene Vorlage geschädigt werden sollte und dessen zeitige Vertreter in irgend einer Form für etwaige Ausfälle hätten entschädigt werden können, nicht mehr allein für ihn maßgebend sind, annehmen können, daß Beschwerden über die Höhe der Gerichts- und Anwaltsgebühren, soweit sie gerechtfertigt sind, doch noch eine Abstellung erfahren werden.“

Aus dem preußischen Landtage.

* Berlin, 8. Februar. Das Abgeordnetenhaus berieth heute in erster Lesung den Antrag auf Verlängerung der Legislaturperioden. Nach den vorangegangenen gründlichen Verhandlungen im Reichstag mußte der Gegenstand etwas erschöpft sein. Der freiconservative Abgeordnete von Douglas führte aus, daß eine reine Zweckmäßigkeitsfrage vorliege, der man mit Unrecht einen hochpolitischen Charakter beigelegt habe; auch liberale Männer könnten längere Wahlperioden für zweckmäßig halten; in Deutschland herrsche ein Uebermaß des Wählens. Abg. von Schorlemer-Alst vermißte jede sachliche Begründung der Nothwendigkeit der beantragten Verfassungsänderung, die im Volke nicht gewünscht werde, nicht einmal von der Regierung verlangt worden sei. Statt Stücke von der Verfassung abzubröckeln, möge man lieber die aufgehobenen kirchlichen Artikel wiederherstellen. Die Aenderung sei eine offenbare Verkürzung der Rechte des Volks, eine Frucht der Cartelpolitik, welche mit den constitutionellen Rechten zu Gunsten des Absolutismus leichtfertig aufräume. Redner beantragte Einsetzung einer Commission. Abg. Graf Schwerin empfahl ohne wesentlich neue Gesichtspunkte Annahme des Antrags. Abg. Rickert erblickte im Volk Unfreiheit der Wahl. Zur besseren Wahrung des Wahlrechts werde seine Partei Einführung der geheimen Wahlen beantragen. Die Nationalliberalen handelten unklug, denn sie beförderten mit diesem Antrag nur die dauernde Befestigung und Vollendung der conservativen Aera. Abg. von Benda führte aus, daß der Antrag nur das Uebermaß der Wahlaufregung beseitigen wolle; gegen die Absicht weiterer Verfassungsänderungen seien im Reichstag von seiner Partei die bündigsten Erklärungen abgegeben. Abg. Lieber bekämpfte in einer maßlos langen Rede, die ihren Mangel an sachlichem Inhalt durch heftige Ausfälle zu ersetzen suchte, den Antrag. Nach einem Schlußwort des Abg. Eynern, der in treffender Weise eine Reihe der vorher vorgebrachten Einwendungen widerlegte, wurde der Antrag auf Commissionsberathung gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen und des Centrums abgelehnt. Morgen: Antrag Kropatscheck, betreffend die Lehrer an den höheren Lehranstalten, und kleine Gesetzentwürfe.

§§ Berlin, 8. Februar. Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betreffend den Erlaß der Wittwen- und Waisengeldbeiträge der unmittelbaren Staatsbeamten, trat in ihrer gestern Abend abgehaltenen Sitzung in die erste Lesung der Vorlage ein. Veränderungen wurden nicht beschlossen, dagegen eine Ergänzung dahin vorgenommen, daß ein Beamter, welcher von dem Widerrufe Gebrauch macht, diejenigen Beiträge angerechnet erhalten soll, welche er seit 1882 an eine Militair- oder Staatsbeamtenwittwencasse oder an eine sonstige dergl. Veranstaltung des Staats gezahlt hat. Ein Antrag, das Widerrufsrecht auch auf Wittwen und Waisen der seit 1882 gestorbenen Beamten auszudehnen, wurde abgelehnt, da die finanzielle Tragweite z. B. nicht zu übersehen; man könnte sonst unbillig gegen die Hinterbliebenen der vor 1882 Gestorbenen sein, und die erstgedachten Hinterbliebenen könnten leicht Doppelbezüge erhalten. Die Parallele solcher Hinterbliebenen mit dem Beamten selbst wurde nicht anerkannt, da dieser (wenn später z. B. die Frau vor ihm stirbt) ein Risico auf sich nimmt, während die Hinterbliebenen einen sicheren Gewinn erhalten würden.

Auszug

aus dem Protokolle über die Plenarsitzung des Rathes vom 1. Februar 1888.*)

Die Stadtverordneten haben dem Verkaufe von Areal an der Alexanderstraße an den Fuhrwerksbesitzer Herrn Schulze zugestimmt und ist nunmehr mit demselben Vertrag abzuschließen.

Dagegen ist von denselben die Vorlage wegen des Verkaufs von Bauplätzen auf dem Areale des ehemal. Kohlenbahnhofes an Herrn Maurermeister Vogel abgelehnt worden. Letzterer hat nun sein Gebot erhöht. Man genehmigt dasselbe und ist hierüber mit den Stadtverordneten anderweit zu communiciren.

Herr Generalconsul Thieme hat dem städtischen Museum abermals zehn Gemälde definitiv überwiesen, wofür zu danken ist.

Zur Vorbereitung der Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers deputirt man die Herren Stadträthe Hehler, Meißner und Scharf.

Die vom Vorstande des Samaritervereins übersendeten Berichte auf das Jahr 1887 werden ausgelegt.

Man genehmigt sodann die Pläne für das neue Polizeigefangenhaus mit den vom Herrn Stadtbezirksarzte beantragten Modificationen, tritt einem Antrage der Sparcassendeputation wegen Anlegung von Sparcassengeldern bei, genehmigt ferner eine Anzahl Rechnungen, welche nach achttägigem Ausliegen den Stadtverordneten mitzutheilen sind, und erklärt sich weiter mit den wegen Verbreiterung des Mühlweges in Reudnitz Verhandelten, sowie mit einer Vorlage, die Klär- und Desinfectionsanlage im neuen Schlachthofe betreffend, einverstanden. Wegen der beiden letztgedachten Sachen ist mit den Stadtverordneten zu communiciren.

Vom 4. Februar 1888.)**

Die Stadtverordneten haben zur Vergleichung auf die Klage des Herrn Gutsbesitzer Zerling in Liebertwolkwitz gegen die Stadtgemeinde, eine Schädenforderung betreffend, sowie zur Klageanstellung gegen Frau Johanne Christiane Friederike verehel. Voigt geb. Preußisch auf Anerkennung einer gerichtlich erfolgten Niederlegung Zustimmung ertheilt. Man beschließt, in ersterem Falle Herrn Justizrath Oehme, im letzteren Herrn Rechtsanwalt Gensch mit der Proceßführung zu beauftragen.

Zum Vorsitzenden der Deputation für die Wahl von katholischen Hausvätern in den katholischen Schulausschuß wählt man Herrn Stadtrath Walter.

Nach Erledigung verschiedener Haushaltplansachen faßt man bei einem Beschlusse des Königl. Landgerichtes in der Proceßsache der Stadtgemeinde wider Herrn Freiherrn von Fuchs-Nordhoff Beruhigung. Das erstinstanzliche Erkenntniß ist den Stadtverordneten mitzutheilen.

Eine Eingabe des Herrn S. Fleischer, die Verwerthung des der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Grund und Bodens und die Erwerbung von innerhalb der Stadt gelegenen Grundstücken durch die Stadtgemeinde betr., wird an die Finanzdeputation verwiesen.

Man genehmigt sodann einen von dem Herrn Decernenten des Krankenversicherungsamtes vorgelegten Entwurf eines Ortsstatutes, die Ausdehnung des Krankenversicherungszwanges auf die in Handelsbetrieben und Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge betreffend, und ist hierzu zunächst die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Man vergiebt hierauf die maschinellen Einrichtungen der Talgschmelze auf dem neuen Schlachthofe, die Herstellung der neuen Baumgruben auf einer Strecke der Kronprinzstraße und bauliche Herstellungen im Kuhstallgebäude des Ritterguts Taucha, tritt einem Gutachten der Neubauten- und Straßenbaudeputation über eine Fluchtlinienregulirung am Naundörfer Steinwege bei und bewilligt für Herstellung eines Thorwärterhäuschens für den neuen Schlachthof 2188 ℳ 62 ₰, wozu die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen ist.

Noch wird auf ein Gesuch des Vorstandes des Schrebervereins der Nordvorstadt beschlossen, den mit dem 31. December l. J. zu Ende gehenden Pachtvertrag über das dem Vereine überlassene Areal auf sechs Jahre zu verlängern und den Pachtzins auf 200 ℳ pro Acker herabzusetzen.

*) Eingegangen bei der Redaction am 6. Februar.
**) Eingegangen bei der Redaction am 8. Februar.

Vermischtes.

— Berlin, 8. Februar. Ueber eine interessante Gerichtsverhandlung berichtet die „National-Zeitung“: In einem Zeitraum von drei Minuten wurde von dem hiesigen Schöffengerichte ein wegen Polizeiübertretung angeklagter Mann hinter Schloß und Riegel befördert, weil er sich zweifellos vorgenommen hatte, den Gerichtshof zu verhöhnen. Dies ging so zu. Präsident: Angeklagter, Sie haben sich trotz der ganz klaren Sachlage noch auf Zeugen berufen. — Angeklagter: Die sind aber natürlich nicht geladen. — Präsident: Was soll das heißen, daß Sie das Wort natürlich so stark betonen? — Angeklagter: Wenn es nicht natürlich wäre, dann wären die Zeugen doch da, aber natürlich, es sind ja Entlastungszeugen und da können sie ja zu Hause bleiben. — Präsident: Angeklagter, hüten Sie sich vor jedem unpassenden Benehmen vor Gericht. Wir haben Mittel, Sie in die gehörigen Schranken zurückzuweisen. — Angeklagter (mit theatralischer Verbeugung): Ich danke für die gnädige Zurechtweisung. — Präsident: Der Gerichtshof beschließt, gegen den Angeklagten eine sofort zu verhängende Ordnungsstrafe von 24 Stunden Haft. Er wurde auch sofort dahin abgeführt, trotzdem er auf dem Wege dahin wiederholt versicherte, daß er mit leerem Magen unmöglich über die Bedeutung des Wortes „natürlich“ gehörig nachdenken könne.

— Wien, 8. Februar. Vor einem zahlreichen Auditorium hielt der Afrika-Reisende Dr. Hans Meyer aus Leipzig in der heutigen außerordentlichen Plenarversammlung der Geographischen Gesellschaft einen Vortrag über seine im vorigen Jahre unternommene Besteigung des Kilimandscharo. Im Mai 1886 kam Dr. Meyer nach Zanzibar, von wo er mit dem Beamten der Ostafrikanischen Gesellschaft, Lieutenant von Eberstein, und einer Karawane von hundert Zanzibar-Männern nach Mombassa aufbrach, nach nahezu dreiwöchentlicher mühevoller Wanderung durch wasserlose, glühende Steppen in Marangu am Fuße des Kilimandscharo anlangte, wo ihm vom Fürsten Marcale drei Führer beigegeben wurden. Zunächst ging er durch Urwälder nach dem oberen Grasgebiete und mit acht Männern auf das Hochplateau von Kibo (4350 Meter), über welchem sich der Kibokegel erhebt. Die weitere Besteigung des Kibo unternahm Dr. Meyer mit Herrn v. Eberstein allein, bis sich endlich auch dieser trennte und Dr. Meyer die Besteigung der letzten Strecke, des höchsten der beiden Gipfel des Kibo, bis hart an den östlichen Rand des schneeigen Vulkankegels ausführte. Der um 250 Meter höhere westliche Rand ist bisher noch unbezwungen, und zur Besteigung dieser Höhe beabsichtigt Dr. Meyer im Sommer dieses Jahres eine zweite Expedition zu unternehmen. Nachdem der Vortragende noch die geographische Eigenart des Bergkolosses geschildert hatte, sprach er zum Schlusse über seine Reisen in Deutsch-Ostafrika, indem er darauf hinwies, daß Deutschland in Ostafrika nicht nur ideale, sondern auch praktische Zwecke zu verfolgen habe. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage, welchen Dr. Meyer mit Karten und Photographien illustrirte, wohnten unter Andern Hofrath v. Hauer, die Afrika-Reisenden Dr. Junker, Buchta und Oscar Baumann bei.

— Salzbrunn, 31. Januar. Der Bericht über die Salzbrunner Cursaison 1887 gestaltete sich wiederum zu einer Zusammenstellung durchaus günstiger Ergebnisse in Bezug sowohl auf die Benutzung der Curmittel am Orte, als auch auf den Brunnen-Versandt. Salzbrunn war von 3709 Curgästen und 2468 Erholungs-Curgästen und Durchreisenden, somit von 6177 Personen besucht. Von ihnen gehörten an: Preußen 5624, dem übrigen Deutschland 366, Oesterreich 149, Rußland 129, Rumänien 7 Personen, England und Schweden je 1 Person. Es wurden in den fürstlichen und Privat-Badeanstalten 5342 Mineral-Wannenbäder und 255 Douchen gewährt. Die im Jahre 1819 gegründete, nunmehr bedeutendste Molkenanstalt Deutschlands, welche von einem approbirten Apotheker unter specieller Controle eines Brunnenarztes verwaltet wird, lieferte 28,747 Liter Kuhmilch, 6704 Liter Ziegenmilch, 2153 Liter Schafmilch und 1050 Liter Eselinnenmilch; neben diesen Curmitteln wurden 6020 Flaschen Kefir getrunken. — Die Anzahl der gewährten Freicuren belief sich auf 180. — Eine wesentliche Zunahme gegenüber den letzten Jahren hat der Brunnen-Versandt erfahren, welcher durch die Firma Furbach & Striebold zu Salzbrunn bewirkt wird; während im Jahre 1886 395,749 Flaschen zum Versandt gelangten, erreichte dieser im Jahre 1887 die Zahl von 460,727 Flaschen. Rastlos ist die Brunnen-Verwaltung, wie bisher, so weiter bemüht, neue, das hiesige Heilverfahren begünstigende und von den Patienten dankbar begrüßte Einrichtungen zu treffen; erwähnt sei hier, daß schon in der vorigen Saison den Badenden der mit allen Bequemlichkeiten ausgestattete, an das Badehaus angebaute Wartesalon, die Einrichtung neuer Badecabinets und die Einfügung neuer eleganter Zink-Badewannen zu statten kam; schon in der nächsten Saison wird überdies eine eiserne Rohrleitung einen reichlicheren, dem gesteigerten Bedürfniß entsprechenden Zufluß an Badewasser ermöglichen. Die gern besuchte Cursaal-Terrasse hat eine wesentliche Erweiterung erfahren und nimmt jetzt eine größere Anzahl Gäste unter ihrem gegen Sonne und Wind schützenden, verschließbaren Zeltdache auf. Wer ehedem im Brunnenhause die Benutzung der Schöpfstangen zum Heben des Oberbrunnens beobachtet hatte, war überrascht von dem Anblick der über dem Brunnen angebrachten modernen Hebevorrichtung (nach Art der Tober'schen Hebemaschine), welche jedem Verlust an Kohlensäure vorbeugt und der Brunnenhalle zur großen Zierde gereicht; in Verbindung hiermit ist eine neue Holz-Vorrichtung angebracht, wodurch die Darreichung auch erwärmten Brunnens an der Quelle vereinfacht wird. Ferner ist nicht unerwähnt zu lassen, daß aus sanitären Rücksichten das Salzbachbett, soweit es den Curbezirk durchzieht, theils überwölbt, theils ausbetonirt worden wird. — Die zur Belustigung der Curgäste getroffenen Arrangements, namentlich die in neuerer Zeit mit einer glanzvollen Illumination der Promenaden verbundenen Abendconcerte im Freien erfreuen sich größter Beliebtheit seitens der Curgäste. Wie die Zeitungen bereits mitgetheilt haben, läßt Se. Durchlaucht der Fürst von Pleß auf dem Gipfel des nahen Hochwaldes ein Belvedere — mit Restauration — im Stile einer Burgruine errichten. Dieser Bau wird beim Beginn der nächsten Saison voraussichtlich vollendet sein und den rüstigeren Curgästen, sowie den Touristen die Möglichkeit gewähren, eine überaus herrliche Aussicht nach dem gesammten Sudetengebirge und nach der Ebene zu genießen. — Der meteorologische Bericht für die Saison 1887 ergiebt folgende Durchschnittszahlen: Für den Barometerstand 773,7 mm, für die Temperatur + 14° C.; die größte Niederschlagshöhe betrug 37,3 mm, während die ozonometrischen Messungen als Saisonmittel 5,7 ergaben. — Wir schließen den Bericht mit dem Wunsche, daß während der nächsten Saison dem Curorte ein heiterer Himmel und alle aus einem gesicherten Weltfrieden erwachsenden Segnungen beschieden sein mögen!

— Deutsches Hospital in London. In der am Freitag in London unter Vorsitz des Barons v. Schröder abgehaltenen Jahresversammlung der Vorstandsmitglieder rc. des Deutschen Hospitals in Dalston verlas der Ehrensecretair, Dr. Walbaum, den Jahresbericht für 1887, demzufolge im verflossenen Jahre im Hospital selbst 1470 Patienten, darunter 274 in Folge von Unfällen, aufgenommen wurden, während die Zahl der Ambulanten 15,130 betrug, worunter 1992 wegen Unfällen behandelt wurden. In der Poliklinik im Ostende Londons wurden 4535, in der im Westende 662 Ambulanten behandelt. Die Zahl der zahnärztlichen Fälle belief sich auf 976. Die Einnahmen betrugen 9144 Lstrl., die Ausgaben 9268 Lstrl. oder 124 Lstrl. mehr als die Einnahmen. Der Vorsitzende bemerkte, es sei, seit er Schatzmeister gewesen, das erste Mal, daß ein Deficit vorhanden sei, welches der in Folge des schlechten Geschäftsganges unter den ärmeren Deutschen Londons herrschenden großen Noth und dadurch verursachten stärkeren Inanspruchnahme des Hospitals zuzuschreiben sei.

— Aus Melbourne wird gemeldet, daß das antarktische Comité der königl. Gesellschaft von Victoria und das der königl. geographischen Gesellschaft gemeinschaftlich britischen Kaufleuten und Schiffsrhedern empfehlen, sich für die Entsendung von zwei Dampf-Wallfischfahrern nach dem südlichen Meere in dieser Saison zu verbinden.

— Desdemona im Winterüberzieher. In Kansas City wurde jüngst ein neues Theater gebaut, an welchem die Schauspieler Booth und Barrett bei der Eröffnungsvorstellung gastiren sollten. Eine schwere Geldsumme wurde als Bürgschaft hinterlegt, aber der Baumeister hatte keine Eile, und als die Schauspieler ankamen, hatte das Gebäude kein Dach. Wohl oder übel mußten sie ihre Verpflichtungen erfüllen, und so kam es, daß Shakespeare's „Othello“ in Ueberziehern gegeben wurde, während das Unerhörte geschah und Desdemona in einen sogenannten Ulster gehüllt zu Bette ging. Die Begeisterung für Shakespeare ist bekanntlich sehr groß in Amerika, wo das Theaterpublicum sich mit der dürftigsten Inscenirung begnügt, wenn's etwas Feines zu hören giebt. Aber ein dachloses Theater und ein in einen Pelzmantel gehüllter Neger waren auch für die Enthusiasten zu viel: das Gebäude blieb leer.

— Die Cholera im Jahre 1887. Ueber den Gang der Cholera im Jahre 1887 giebt das Centralblatt für allgemeine Gesundheitspflege einen Rückblick. Derselbe gewährt den beruhigenden Eindruck, daß die Seuche, welche nun das vierte Jahr ihres diesmaligen Umzuges in Europa vollendet hat, sowohl an Umfang wie an Heftigkeit ihres Auftretens abnimmt. Sie beschränkte sich auf Italien und Malta, ging nicht über Rom nördlich hinaus und forderte in ganz Italien etwas über 2000 Opfer, während deren Zahl im Jahre 1884 14,300, im Jahre 1885 3469, im Jahre 1886 6244 betragen hatte. In Malta, von wo die letzten Fälle in Mitte November gemeldet wurden, starben im Ganzen 429. Die Verbreitungs- und Verlaufsweise der Krankheit hat auch im abgelaufenen Jahre wieder viel Lehrreiches. Rom mit seiner vorzüglichen Wasserversorgung und sehr verbesserten Bodenreinigung erwies sich trotz aller Einschleppung ungeeignet zur Ausbreitung einer Epidemie; Neapel wurde nur ganz unerheblich heimgesucht im Vergleiche zu den Jahren vor Einrichtung der jetzigen Wasserversorgung, und auf Malta wurde der nach englischen Grundsätzen assanirte Hafenort mit der Garnison nur schwach befallen, während die schmutzigen ländlichen Wohnorte im Innern der Insel heftig heimgesucht wurden. Das in diesem Jahre endlich erreichte Aufgeben aller Absperrungsmaßregeln der Districte und Gemeinden gegen einander in Italien ist von einer geringeren Ausbreitung der Seuche gefolgt gewesen, als es die bezeichneten Bemühungen in den vorhergehenden Jahren waren, und so ist zu hoffen, daß die Einsicht in die Nutzlosigkeit und Schädlichkeit derartiger mit den heutigen Verkehrsverhältnissen absolut unvereinbarer Maßregeln auch in die breiteren Volksschichten eindringen werde. Anders steht die Frage der Seequarantaine; die von der englischen Regierung einseitig verfügte Durchbrechung der bis dahin bestandenen internationalen Vorsichtsmaßregeln im Rothen Meere und am Eingange zum Suezcanal bleibt ein Anlaß zu Sorgen bezüglich wiederholter Einschleppung der Seuche aus Indien nach den Mittelmeerländern.

— Ueber Brieftauben-Vereine lesen wir im „Militair-Wochenblatt“:

Ueber den Nutzen und die Nothwendigkeit der Brieftaubenzucht für das allgemeine Wohl des Landes noch viel Worte zu verlieren, scheint überflüssig, da die Literatur und auch die Zeitungen in ausreichendem Maße sich damit beschäftigt haben. Dennoch hat die Brieftaubenzucht in der östlichen Reichshälfte sich noch außerordentlich wenig bemerklich gemacht; so viel bekannt, bestehen nur 3—4 Vereine im Osten, davon die Hälfte erst ganz kurze Zeit, während der Westen über 300 Vereine aufzuweisen hat. Viele Garnisonen, ja selbst viele Festungen entbehren noch dieses nothwendigen Verkehrsmittels. Blicken wir nach der Grenze und ziehen die Paarungszeit der Tauben in Betracht, so müssen wir uns sagen: es ist die höchste Zeit. Material, Patriotismus, Lust und Liebe zur Sache sind überall im Lande zur Genüge vorhanden, und es scheint nur eines äußeren Anstoßes zu bedürfen. Nach der „Neisser Zeitung“ vom 16. und 19. Januar dieses Jahres hat Hauptmann Dollmann, vom schlesischen Pionierbataillon Nr. 6, innerhalb eines Jahres bereits den zweiten Privat-Brieftauben-Verein mit bestem Erfolg ins Leben gerufen, bezw. angeregt. Wir geben der Erwähnung dieser Thatsache gern an dieser Stelle Raum, in der Hoffnung und Ueberzeugung, daß die anerkennenswerthe Thätigkeit des genannten Herrn möglichst ausgedehnte Nachahmung finde bei den Kameraden anderer, ganz besonders aber der östlichen Garnisonen. Da viele Kameraden sich dafür interessiren oder auch persönlich sich mit Brieftauben bereits abgegeben haben, dürfte die Hoffnung nicht getäuscht werden, daß diese an sich interessante Beschäftigung in möglichst ausgedehntem Maße zu einer in der That verdienstvollen Anregung und Beförderung der Brieftaubenzucht verwerthet werde, und sind wir überzeugt, daß Hauptmann Dollmann seine Erfahrungen im Bedarfsfalle mit Freuden zur Verfügung stellen wird.

Literatur.

Münchner Skizzen. Humoristische Schilderungen aus dem Volksleben Isar-Athens von R. Rauchenegger. München, Knorr & Hirth. Die Schilderungen sind außerordentlich angenehm zu lesen und helfen mit ihrem ursprünglichen Humor über manche flaue Stunde hinweg. Frischer Münchner Witz und kernige Sprache zeichnen sie vor Allem aus. —r.

* * *

Das Verzeichniß verkäuflicher Münzen und Medaillen von Zschiesche & Köder in Leipzig, Antiquitäten- und Münzenhandlung, ist in neuester Nummer 33 erschienen und ausgegeben worden. Es umfaßt 3194 Münzen aller Zeiten und Länder, sowie Medaillen, Orden, Ehrenzeichen und Aehnliches. Außerdem ist noch eine namhafte Collection von fachbezüglichen Büchern, Katalogen und sonstigen Schriftstücken genannt. Mit jedesmaligem Erscheinen eines neuen Katalogs verliert der vorhergehende seine Giltigkeit.

(Eingesandt.)

Auch wir bitten noch um die Erlaubniß, einige Worte über die Platanen sagen zu dürfen, denn wir billigen ebenfalls nicht, daß jetzt überall dieser Baum gepflanzt wird. Vor Jahren wurden, und gewiß mit Recht, Platanen zur Anpflanzung da empfohlen, wo Bäume an der Promenade ersetzt oder die Alleen erneut werden sollten, und zwar empfohlen, weil die Linden entweder überhaupt nicht fortkamen oder doch gar zu langsam wuchsen. Damals wollte der Rath Nichts von Platanen wissen und lehnte es auch ab, eine gemischte Allee, abwechselnd Platanen und Linden oder Kastanien und Linden oder Ulmen rc., anzulegen. Nach längerem Kampf siegte die Platane. Daß nun aber seit dieser Zeit nur Platanen gepflanzt worden, ist doch nicht Schuld Derjenigen, die diesen Baum s. Z. für die innere Stadt anregten. Linden und Kastanien und auch anderes Laubholz kommt gut fort, wo es guten Boden hat und wo es nicht vom Ruß überzogen und erstickt wird. Wenn der Einsender Herr H. das späte Grünen der Platane tadelt, so muß er doch berücksichtigen, daß dieser Baum das Grün viel länger hält und jedenfalls ist die Platane mehre Monate grün als die Linde. Die Aufgabe des Gärtners muß sein, Versuche zu machen und zu prüfen, andere Orte und Lagen sind kein Beweis. Die vor sechszig Jahren am Hallischen Thore gepflanzten Platanen sind bestimmt nicht schön, aber wo sind denn sechszigjährige schöne Linden oder Kastanien? Wie solche Bäume aussehen, überzeuge man sich am Fleischerplatze, wo eine gründliche Erneuerung wirklich nöthig ist und da könnte man bei vier Reihen auch gut Versuche machen. Vorläufig sind die Beweise vorhanden, daß die Platane an der Promenade besser fortkommt als die Linde; man überzeuge sich da am Petersthore, wo am Ausgange links ungefähr sieben Linden und rechts Platanen zu gleicher Zeit gepflanzt sind. Wir wollen doch Alle nur das Beste für unsere Stadt und da ist eine ruhige Aussprache am Platze und nicht ein Zurückweisen aller Ansichten, die einem Einzelnen nicht passen. K.

SLUB
Wir führen Wissen.